

Alojz Peterle

ERLEBT - ERZÄHLT : DER AUFBAU DER DEMOKRATIE IN SLOWENIEN

Nach der Erfahrung mehrjähriger Arbeit in einem Städtebauplanungsinstitut, nach Jahren der Beratungsarbeit im Bereich des Umweltschutzes und nach jetzt schon fünfzehn Jahren politischer Tätigkeit habe ich mich entschlossen, vor allem von persönlichen Erfahrungen und Reflexionen zu berichten. In diesem Sinne wird mein Auftritt nicht rein akademisch sein.

Meine Vorlesung widmet sich dem Prozess des Aufbaus der Demokratie in Slowenien. Da ich überzeugt bin, dass diese Frage nicht nur eine politische und nicht nur eine Frage der Geschichte Europas ist, sondern in wesentlichen Bereichen auch eine Frage der Ethik, mit der die Politik eng verbunden sein sollte, möchte ich zuerst der Ethik einige Gedanken widmen.

Die Aufbau der Demokratie ist eine ethische Frage

Ich beginne meinen Beitrag mit der Erinnerung an meinen Vater. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges stellte er sich zuerst an die Seite der Partisanen; nach der Erfahrung im italienischen Konzentrationslager entschloss er sich aber für die antikommunistische Seite. Als ich ihn in meinen Gymnasiums Jahren fragte, warum er im Jahr 1943 so entschieden habe, sagte er: „Sie hatten blutige Hände.“. Er hat sich also nach ethischen Kriterien entschieden. Er hat die Seite der später offiziell Besiegten gewählt und zahlte dafür bis zur Demokratisierung Sloweniens einen hohen Tribut. Nach dem Ende des Weltkrieges sollte er liquidiert werden. Der Mann, der ihn erschießen sollte, führte ihn stundenlang durch Wälder in Dolenjska, und am Ende konnte er ihn einfach nicht erschießen. Ein seltener Fall, in dem das Herz entschieden hat. Wenn dieser Mann damals das Gewehr nicht hätte sinken gelassen, wenn er also nicht ethisch entschieden hätte, würde hier heute jemand anderer sprechen.

Der Mensch beschäftigt sich ständig mit ethischen Fragen. Aber Jahrhundertwechsel und besondere Ereignisse von zerstörerischer Gewalt führen besonders zur Beschäftigung mit den grundlegenden Fragen der menschlichen Existenz. Am Anfang der Bibel werden die Vertreibung aus dem Paradies und die Folgen für das erste Paar und deren Nachkommen beschrieben: im Schweiß ihres Angesichtes sollten sie kämpfen müssen um das tägliche Brot. Seit damals möchte der Mensch dies vermeiden und sucht Abkürzungswege, die sich aber oft als Umwege erweisen. Die Gewalt im weitesten Sinne ist nur eine der traurigen Folgen dieser Geschichte. Es folgt auch daraus, dass die Quantität den Sieg über die Qualität davon trägt, dass die Entwicklung wichtiger wird als das Wachstum, dass sich der Sex von der Erotik abspaltet, dass die Monokultur den Reichtum an Vielfalt und Buntheit ersetzt und die Befriedigung das Glück. Die Ritterlichkeit wird von der Berechnung abgelöst, der Respekt des Ganzen von der Verabsolutierung ausgewählter Elemente. Da sich die Heiligkeit des Lebens verliert, verschwindet auch die Würde des Todes. Die Schlange aber bietet noch immer den verführerischen Apfel der Konkurrenz mit Gott an.

Auch die Jahre, in denen Slowenien keine Demokratie kannte, in denen sie aber vorbereitet wurde, sind mit der Frage der Gewalt und ihrer ethischen Konsequenzen verbunden. Wir haben das Jahrhundert der Totalitarismen mit einem desavouierten Konzept von Rasse, von Klasse und von Masse hinter uns gelassen. Bezeichnend für die Macht-Konzepte war die Intoleranz gegenüber den Anderen und den Andersartigen, eine Ungeduld, die im Namen der »Richtigen« Millionen von Menschen marginalisiert,

untergeordnet oder liquidiert hat. Diese Zeit hat ideologische Monokulturen, das Konzept des inneren und äußeren Feindes und den Klassenkampf hervorgebracht. Zu einer neuen Qualität der Gesellschaft, so das Konzept, würde man nur durch Absonderung und Überbildung der Andersartigen kommen - eine Zeit der Unterordnung, der Furcht, der Denunziation und des Misstrauens, eine Zeit der Instrumentalisierung des Menschen und ganzer Völker für die Zwecke der Selbsterwählten. Der Mensch, der nicht zur engsten politischen Elite gehörte, wurde zu Baumaterial oder Abfall.

Der Aufbau der Demokratie in Slowenien

Im letzten Jahr habe ich ein Buch mit dem Titel *Mit dem Lächeln der Geschichte* geschrieben. In der Tat haben wir in Slowenien Geschichte nicht nur erlebt, sondern auch gemacht, und diese Geschichte hat mit Gottes Hilfe uns zugelächelt. Der Ausdruck bezieht sich natürlich auf den Prozess der Demokratisierung meines Landes. Man könnte natürlich über den Aufbau der Demokratie in Slowenien lange reden. Eines möchte ich aber vor allem betonen: nie haben die slowenischen Menschen vergessen, was Demokratie ist, und nie hat das slowenische Volk darauf verzichten wollen. Natürlich stellt sich die Frage nach dem Aufbau der Demokratie in Slowenien im engen Zusammenhang mit dem Fall der Berliner Mauer, also im Zusammenhang mit der soziologischen, historischen, ökonomischen und politischen Entwicklung der Staaten des ehemaligen kommunistischen Blockes.

Die Lage des slowenischen Volkes und seiner Demokratie in kommunistischer Zeit ist bekannt. Aber trotz der schweren Lage haben die Slowenen nicht aufgehört zu versuchen, mehr und mehr Demokratie und Zivilrechte - zuerst innerhalb des Systems - durchzusetzen.

Das war natürlich nur im Bereich der Zivilgesellschaft und im Rahmen des Kulturlebens möglich. Die Forderung nach Demokratisierung und Unabhängigkeit hat sich hier schon früh geäußert. Bereits im Jahre 1968 gründeten wir die Zeitschrift „Revija 2000“. Wir beschäftigten uns mit der sozialchristlichen Theorie, die vor dem Zweiten Weltkrieg in Slowenien sehr stark gewesen war. Wir waren uns einig, den Menschen und die Gesellschaft aus der christlichen Perspektive zu sehen. Im Jahre 1988 erschien die 57. Nummer der Zeitschrift „Nova Revija - Neue Revue“, in der die Vorschläge für ein slowenisches National-Programm vorgestellt wurden, was eine starke Reaktion der damaligen Macht verursachte. Im Mai 1988 wurde der heutige Ministerpräsident Janez Jansa mit drei Genossen verhaftet, was eine massenhafte und unglaublich starke Reaktion des Volkes hervorrief. Unter anderem versammelten sich die Menschen in der Franziskanischen Kirche in der Mitte der Stadt Ljubljana und beteten zusammen, es wurden viele Zusammenkünfte organisiert, es entstand ein Ausschuss für den Schutz der Menschenrechte. Im Mai 1989 stellte der Kreis der oppositionellen Intellektuellen die Mai-Deklaration vor, in der Forderungen nach Souveränität des slowenischen Volkes und nach Demokratie vorgebracht wurden. Im Dezember 1989 formierte sich DEMOS - die Koalition der demokratischen politischen Gruppierungen, die dann auch die ersten demokratischen Wahlen im April 1990 gewinnen sollte. Nicht zufälligerweise war die Gruppe, die bei der Zeitschrift „2000“ mitgearbeitet hatte, auch der Kern der dann am 17. Januar 1990 offiziell gegründeten Christlichen Demokraten. Auch die anderen politischen Gruppierungen, die für die Demokratisierung gekämpft hatten, haben sich in dieser Zeit formell konstituiert. Zuerst waren wir gezwungen, unter dem „Schutz“ des Sozialistischen Bund des arbeitenden Volkes (SZDL), also unter sozialistisch-kommunistischem „Schutz“, zu arbeiten, dann war auch das eine Sache der Vergangenheit.

Die weitere Geschichte ist Ihnen sicher gut bekannt: die neue Regierung, bei der ich zum Präsident bestimmt wurde, bereitete im Dezember 1990 die Volksabstimmung vor, bei der sich das slowenische Volk für Selbständigkeit und Unabhängigkeit entschied. Im Juni 1991 haben wir die Unabhängigkeit und damit die Dissoziation von Jugoslawien proklamiert. Im selben Moment begann der blutige Angriff der Jugoslawischen Volksarmee. Der jugoslawische General Adžić hat damals öffentlich gesagt, Slowenien werde in 10 Tagen kapitulieren. Aber es kam ganz anders: Slowenien wurde unabhängig und anerkannt. Obwohl die Epoche des Übergangs besonders in der Innenpolitik nicht völlig beendet ist, obwohl die Jahre des demokratischen Defizits und die damaligen Methoden noch nicht vergessen sind,

war der Weg Sloweniens ziemlich schnell und geradlinig: im Mai 1992 wurde Slowenien Mitglied der UN, im Jahre 2004 Mitglied der NATO und der Europäischen Union.

Das Modell Europa

Wir betreten das 21. Jahrhundert mit dem ganzen Gepäck des 20. Jahrhunderts und der Jahrhunderte vor ihm. Wenn wir uns der Gewalt bewusst sind, unter der die Würde des Menschen und ganzer Völker im Namen verschiedener Ideologien gelitten hat, dann sind wir uns auch der Aufgaben im Hinblick auf die Ganzheit des Menschen bewusst, der Ausgangspunkt und Ziel unseres Strebens ist. Wenn wir es nicht schaffen, den Menschen als wesentlichen Wert bei der Errichtung von irdischer und überirdischer Gemeinschaft zu begreifen, dann werden wir Zeuge der fortgesetzten unethischen Instrumentalisierung des Menschen und des liberalistischen Denkens, das das Heilige nicht anerkennt und sich zynisch gegenüber dem schöpferischen Geschenk des Lebens verhält.

Davon hängt es ab, ob wir die Fortsetzung des im 20. Jahrhundert geltenden Konzeptes der Macht, der Herrschaft und der Beherrschung mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln erleben werden, oder ob wir ein Modell des Zusammenlebens entwickeln können, in dem „Regieren“ vor allem als „Dienen“ verstanden wird.

In diesem Jahrhundert möchte der Mensch sein Leben selbst in die Hand nehmen. Im Vergleich zum vorigen Jahrhundert, das massenhafte Liquidationen gekannt hat, ist diese Absicht grundsätzlich besser. Sie scheint eine willkommene, sogar menschenfreundliche Möglichkeit eines neuen Lebensgeschenks mit sich zu bringen, die u.a. die Frage der Reserveteile für ausgediente Teile eines noch lebendigen Körpers lösen könnte.

Vor einem halben Jahrhundert haben sich die Väter Europas entschieden, nach Jahrhunderten blutiger Kriege, starker Nationalismen und gewaltiger Ideologien ein neues Europa zu bauen, das auf echte Werte gegründet ist. Das neue Europa hat so mit dem Gedanken an Versöhnung und dauernden Frieden begonnen. Und in den Mittelpunkt dieser europäischen Idee, dieses europäischen Projekts haben die Gründungsväter den Menschen gestellt, den Menschen in seiner ganzen Einmaligkeit und Verschiedenheit. Hier entstanden die Wertschätzung und der Respekt vor der Identität der Völker und das Prinzip der Einheit in aller Verschiedenheit. Nur auf diese Weise können die Unterschiede nicht stören, nicht teilen, sondern sie bereichern und verbinden alles und alle.

Der 1. Mai 2004 ist für uns alle ein Symbol. Für uns, die Slowenen, wurden die alten Träume Wirklichkeit. Als Volk mit tausendjähriger Zugehörigkeit zum europäischen Zivilisations- und Kulturkreis erleben wir heute einen einmaligen historischen Moment. Freiwillig und auf demokratische Weise haben wir uns entschieden, mit den anderen freien Völkern Europas in Frieden und Zusammenarbeit zu leben – zu leben im Kreis der Staaten, die gleiche Werte, Grundprinzipien und gemeinsame Regeln haben. Ich bin überzeugt, dass wir die Möglichkeiten, die sich uns bieten, mit Erfolg für die Entwicklung unserer Nation und aller anderen Nationen nützen werden.

Bis zum 1. Mai waren wir ein Objekt der Außenpolitik der Europäischen Union, jetzt sind wir ihr vollberechtigtes Mitglied. Wir wollen nicht annektierter Zusatz, sondern zusätzlicher Wert sein.

Ich bin glücklich, dass wir mit dieser nun europäischen und multikulturellen Identität und auch mit unserer politischen Erfahrung zum Projekt der Europäischen Union beitragen können.

Wir wünschen, dass sich in der Europäischen Union die mitteleuropäische Dimension verstärkt, und zwar mit Sensibilität gegenüber dem, was in der Geschichte Europas oft zu Problemen geführt hat, eine Sensibilität zum Beispiel gegenüber der Verschiedenheit in kleinen Dingen, aber auch gegenüber den Übergriffen gegen die Würde des Schwächeren.

Slowenien hat sich im Bereich des südöstlichen Europas, besonders im Gebiet des einmaligen Jugoslawiens, politisch, wirtschaftlich und kulturell stark engagiert. Ich bin überzeugt, dass unsere guten Kenntnisse dieses Teils von Europa bei der gemeinsamen Politik der Europäischen Union gerade in diesem Raum, der nicht nur autochthone Schwierigkeiten kennt, gut nützen können.

Das europäische politische Projekt ist gelungen und bleibt attraktiv, weil es auf Werte und Prinzipien, nicht zuletzt auf den Respekt der Würde des Anderen und des Andersartigen, des Einzelnen und des Volkes, begründet ist. Diese auf die Menschen bezogene und ohne Zweifel auch anspruchsvolle Perspektive hat nach den Konflikten vieler Jahrzehnte das Problem der Verschiedenheit, und zwar der Verschiedenheit der Identitäten und Interessen, gelöst. Die mehr als fünfzigjährige Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union zeigt nämlich – trotz aller Schwierigkeiten – eine Entwicklung zu mehr Gemeinsamkeit. Obwohl in diesem Sinne die gemeinsame Außenpolitik als letzter und nicht so bedeutender Bereich gemeinsamen Strebens erscheint, wächst ihre Bedeutung bei der Erweiterung Europas und wird mit der Lissabon-Strategie eine der wesentlichen Fragen der Europäischen Union. Wir haben nämlich den gemeinsamen Markt, die gemeinsame Währung, den Keim der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, mehr und mehr Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Justiz und der Innenpolitik und auch anderswo – auch wenn dies in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten gehört oder Gegenstand der Mitarbeit der verschiedenen Regierungen ist.

Der blutige Zusammenbruch Jugoslawiens hat zweifellos zu mehr gemeinsamer Sicherheits- und Außenpolitik der Europäischen Union beigetragen. Dieser Bereich, den die Politik lange in die Sphäre des nationalen Interesses verlegte, ist nach und nach zumindest teilweise zum Gegenstand der gemeinsamen Politik geworden. Die europäische Union hat nicht nur Informationen und Deklarationen zur Verfügung, sondern auch den politischen Willen, der zu einer Vermittlung fähig ist. Wie groß der Unterschied zwischen *peace-observing* und *peace-keeping* ist, haben wir schon in Bosnien und Herzegowina gesehen.

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik war zweifellos auch eine der meistdebattierten Themen in der Europäischen Konvention. Die große Mehrheit der Mitglieder stimmte für wesentlich mehr gemeinsame Politik, für eine institutionelle Vereinfachung. Diese Ansicht wurde auch von der öffentlichen Meinung unterstützt. Wie betont wurde, geht es hier nicht um ein „global-payer“, sondern um den „global-player“. Aber hier sind wir schon außerhalb des Rahmens der institutionellen Ordnung der Europäischen Union. Hier sprechen wir die Frage des Macht-Konzeptes, des politischen Willens, der Strategie und des Zusammenhanges mit anderen gemeinsamen Politiken an.

Es wäre nicht logisch, wenn die bevölkerungsstarke Europäische Union nur auf quantitativer Ebene wirken würde. Was soll sie nun aber ausdrücken und bewirken? Es handelt sich hier nicht um nur eine Frage von einzelnen Bereichen, sondern um eine Frage des Ganzen.

Ich schlage vor, dass wir die Antwort zuerst im Geist der Väter Europas suchen. Die wesentlichen Worte sind: Frieden, Demokratie, Menschenwürde, Menschenrechte, Versöhnung, Mitarbeit. Die Europäische Union sollte Werte ausdrücken, die sich in den einzelnen Nationen bewährt haben. Dabei sollten wir uns erinnern, was Europa der Welt bereits angeboten hat, und was davon als freundliches Geschenk angenommen wurde. Die europäische und globale Frage ist, ob das Modell einer nicht-konfliktuellen Entwicklung auch auf globaler Ebene realisierbar ist. Dies ist die politische, moralische und historische Aufgabe der Europäischen Union, mit dem ratifizierten Verfassungsvertrag oder ohne ihn. Hier erwartet uns eine anspruchsvolle Arbeit zuerst zu Hause, dann in Europa. Meine Losung in der Konvention war: Mehr Europa in Europa. Damit meinte ich vor allem das südöstliche Europa, das zwar ohne Krieg ist, auf dem aber die Quellen konfliktueller Entwicklung nicht beseitigt sind. Es wäre für die Union wichtig, eine Möglichkeit zur Beförderung der pro-europäischen Entwicklung in südöstlicher Richtung zu finden.

Die Notwendigkeit der Bürgernahe

Das überzeugende Modell Europa ist aber ohne Bürgernahe nicht möglich. Die Qualität der Demokratie liegt nicht zuletzt darin, in welchem Maß die Stimme des Volkes gehört und tatsächlich berücksichtigt wird. Dieses Kriterium setzte auch der europäische Rat, indem er bestimmte, was die Konvention bei der Arbeit am Verfassungsvertrag für die Zukunft Europas in Betracht ziehen sollte. Die Bürgernahe war hier der wichtigste Begriff.

Im Bezug auf die Bürgernähe hat die Konvention noch etwas Wesentliches betont: die Rolle der Zivilgesellschaft. Unter den Begriff »das demokratische Leben der Union« hat sie das Verhältnis zur Kirche und zu nicht-konfessionellen Organisationen gestellt und als Verfassungskategorie einen ständigen, offenen und transparenten Dialog zwischen ihnen und den Institutionen der Union niedergelegt. Daraus ergibt sich eine größere Möglichkeit zur Partizipation der Bürger am Prozess der Entscheidung über unsere gemeinsame Sache.

Das erweiterte Europa will in einem globalen Rahmen eine stärkere Rolle spielen. Meiner Meinung nach wird sein Erfolg von dem abhängig sein, was es exportieren und was es importieren wird. Wenn wir das exportieren können, was in Europa Erfolg hatte, werden wir zu neuer Ethik und Kultur der internationalen Verhältnisse beitragen können.

Wenn unser wesentlicher Grundsatz noch immer die Wertschätzung der Menschenwürde und die Schätzung der Identität der anderen ist und unsere globale Richtlinie der Frieden und die Demokratie, dann werden wir nicht zu neuen Polarisierungen, sondern zur Entwicklung der globalen Partnerschaft beitragen. Die Arbeit für Frieden bedeutet ja nicht eine Toleranz gegenüber Intoleranz, geschehe sie nun mit terroristischen oder mit politischen Methoden.

Die europäische Union ist ein offenes Projekt. Nachdem es schon zu der neuen Gestalt des ungeteilten Europas beigetragen hat, wünsche ich mir, dass es auch zu einer neuen Gestalt einer verbündeten Welt beitragen wird.

Wir haben uns vereinigt, um uns der gemeinsamen Zukunft zu widmen. Durch die erweiterte Europäische Union wird sich die Grundlage hierfür erweitern und zur Freude über das Projekt des vereinigten Europa beitragen. Jetzt leben wir zusammen und teilen die gleichen Werte und Prinzipien in einem gemeinsamen Haus. Aber ein vereinigtes Europa wird wirklich leben nur, wenn es seinen Bürgern Freude machen kann. Ich bin überzeugt, dass diese Freude grösser wird, wenn wir, Bürger und Bürgerinnen, uns als Besitzer unserer gemeinsamen Institutionen und nicht nur als Teil ihrer Subsysteme fühlen. Auch in diesem Sinne ist das vereinigte Europa ein kulturelles Projekt.